

Studentische Initiativgruppe der Ringvorlesung
„Subversion und politische Differenz“
Humboldt-Universität zu Berlin
Sozial-, Kultur- und Bildungswissenschaftliche
Fakultät
Institut für Kulturwissenschaft
Unter den Linden 6
10099 Berlin
subversion.and.pol.difference@gmail.com

Sachbericht zum Vortrag von Chantal Mouffe im Rahmen der studentisch organisierten Ringvorlesung „Subversion und politische Differenz“ am 26. Januar 2015

Wir schätzen uns sehr glücklich, dass wir mit Chantal Mouffe eine Mitbegründerin der Essex School of discourse analysis für unsere Vorlesungsreihe gewinnen konnten.

Die besondere Verbindung zwischen Theorie und Praxis, die Mouffe in ihrem Konzept der Agonistik Politics entwickelt, ist ein innovativer und wichtiger Brückenschlag zwischen den verschiedenen theoretischen und handlungspraktischen Ansätzen, welche die ReferentInnen unserer Vorlesungsreihe vorstellen.

Am Samstag, den 24. Januar haben wir Chantal Mouffe zu einer Vorbesprechung in der Universitätsbibliothek getroffen, wo wir insbesondere über den bisherigen Verlauf der Vorlesungsreihe berichtet haben, sodass Frau Mouffe einen Eindruck über die theoretischen Vorkenntnisse des Publikums erhielt und wir uns gemeinsam über verschiedene Referenzpunkte zu ihrer Theorie austauschen konnten, welche dann zum Teil auch Eingang in den Vortrag fanden. Wir hatten außerdem die Chance, uns über die Erwartungen und die Form des Kolloquiums zu verständigen, welches mit einer kleineren Gruppe von StudentInnen jeweils vor dem Abendvortrag stattfindet. Frau Mouffe hat sich freundlicher Weise bereit erklärt, unserem Wunsch entsprechend das erste Kapitel ihres neuesten Buches „Agonistics: Thinking The World Politically“ (2013) mit uns im Kolloquium zu besprechen, sowie allgemeinere Fragen zu ihren theoretischen Ansätzen und zu aktuellen politischen Ereignissen zu beantworten.

Am Sonntagnachmittag haben wir gemeinsam mit Frau Mouffe eine Stadtbesichtigung unternommen und im Rahmen dessen unter anderem die Gedenkstätte Berliner Mauer, die Museumsinsel, das Rote Rathaus, das Brandenburger Tor und die Holocaust-Gedenkstätte besucht.

Nach einer konzentrierten und textnahen Arbeit im Kolloquium hielt Chantal Mouffe am 26. Januar von 18.00 bis 20.00 Uhr in der Dorotheenstr. 24, Raum 1.101 ihren Vortrag „Radical Democracy and Agonistic Politics“. Der Vortrag war mit mehr als 200 ZuhörerInnen die bestbesuchteste Veranstaltung unserer Reihe.

Den ersten Teil ihres Vortrags nutzte Mouffe für einige Bemerkungen über ihren theoretischen Rahmen, um ihr Verständnis von Demokratie zu verdeutlichen. Mouffe stellte dabei ihre antiessentialistische Vorgehensweise in den Fokus, die die Konstruktion eines jeden Diskurses und der damit verbundenen Subjektpositionen betont. Subjektpositionen sind somit immer dekonstruierbar. Mit Lacan gesprochen, gibt es für Mouffe kein Zentrum der Subjektivität, sondern diese entsteht erst in Identifikationsprozessen. Identitäten sind demnach nicht Festes, sondern etwas prozessual Hergestelltes.

Die Geschichte des Subjekts kann demnach für Mouffe als Geschichte der Identifikationsprozesse verstanden werden. Es gibt keine feste Identität hinter den Prozessen, die „gerettet“ oder „freigelegt“ werden könnte. Identität ist immer kontingent, prekär, temporär und abhängig von bestimmten Diskursen, stellt Mouffe klar. Was für das einzelne Subjekt gilt, gilt für jeden „Social Agent“. Die Gesamtheit des sozialen Feldes wird von einer Varietät von Diskursen hergestellt, die verschiedene Identifikationsmuster für die unterschiedlichen „Social Agents“ hervorbringt, unter denen keine notwendige, determinierte Verbindung besteht.

Die so entstehende Pluralität von Subjektpositionen führt dabei nicht zu einer simplen Koexistenz der Identitäten nebeneinander, sondern zu einer ständigen Überlagerung, Überdetermination und Subversion der Einen durch die Anderen, was die Gefahr totalisierender Effekte birgt. Um diese Problematik effektiv zu analysieren, stellt Mouffe den weithin vorherrschenden Objektivismus und Essentialismus der politischen Philosophie in Frage.

Von dieser subjekttheoretischen Basis erläuterte Mouffe ihr Konzept liberaler, pluralistischer Theorie. Unter liberaler Demokratie versteht Mouffe nicht eine demokratische Gesellschaft mit liberal-kapitalistischer Wirtschaftsordnung, sondern ein Regime im Sinne der klassischen, politischen Philosophie, also eine politische Form von Gesellschaft. Liberale Demokratie ist mehr als eine Regierungsform. Sie strukturiert die symbolische Ordnung sozialer Beziehungen auf eine ganz bestimmte Art und Weise. Konstitutiv für die liberale Demokratie ist die Akzeptanz von Pluralismus. Hier liegt für Mouffe der entscheidende Unterschied im Verhältnis zur griechischen Demokratie. Dieser Unterschied sei keinesfalls einer der Größe, sondern der demokratischen Form an sich.

Demokratische Gesellschaften müssen sich demnach vom Ideal der absolut harmonischen Gemeinschaft verabschieden. Der liberaldemokratische Charakter ist vielmehr erst und nur durch den Fakt gegeben, dass kein sozialer Akteur die Repräsentation der gesamten politischen Einheit in ihrer Totalität beanspruchen kann. Auch die Überwindung von Machtstrukturen im Allgemeinen kann für Mouffe nicht das Ziel demokratischer Politik sein, denn – hierin folgt sie der Machtanalytik Foucaults – ohne Macht ist keine Gesellschaft möglich. Jede soziale Objektivität, stellte Mouffe mit Verweis auf ihre theoretischen Überlegungen in „Hegemony and Socialist Strategy“ (1985) fest, ist von Machtstrukturen konstituiert und damit unbedingt politisch. Doch wie, so die von Mouffe formulierte Hauptfrage an die demokratische Politik, können Formen der Macht mit liberalen demokratischen Werten und Bestrebungen kompatibel gemacht werden?

Der liberaldemokratische Staat sei dabei keinesfalls so neutral wie es verschiedene TheoretikerInnen des Liberalismus darzustellen versuchen. Auch die Legitimität pluralistischer Demokratie, als partikularer Modus der Ordnung sozialer Beziehungen, beruht auf bestimmten ethisch-politischen Grundsätzen. Im Falle der liberalen Demokratie sind dies Freiheit und Gleichheit als tragende Werte, die aus zwei unterschiedlichen Traditionslinien zusammengefunden haben. Zwischen beiden besteht nach Mouffe, die sich hier explizit von Habermas abgrenzt, keine notwendige Beziehung. Erst mit dem Kampf gegen den Absolutismus im 18. Jahrhundert fanden die liberale und die demokratische

Traditionslinie zusammen. In Folge dessen wurde die Demokratie liberalisiert und der Liberalismus demokratisiert, wie Mouffe mit Verweis auf „The Life and Times of Liberal Democracy“ von C. B. Macpherson erläuterte. Doch diese Verbindung verlief und verläuft bis heute nicht harmonisch, sondern in erbitterten Kämpfen, da eine gemeinsame vollständige Realisierung durch die inhärente Inkompatibilität der beiden Logiken von Freiheit und Gleichheit nicht zu verwirklichen ist. Diese konstitutive und nicht aufzulösende Spannung bezeichnet Mouffe als das „demokratische Paradox“. Dieses ist, in seiner unauflöslichen Widersprüchlichkeit, die beste Garantie gegen die Gefahr einer finalen, totalitären Lösung. Die liberale pluralistische Demokratie erkennt diese unauflösliche Spannung an, genau wie die Notwendigkeit, diese auch zu artikulieren. Es gibt in ihr kein Equilibrium. Nur im prekären Zustand des Dazwischen kann sie bestehen.

Um die Rollen und Aufgaben des Staats in der liberalen Demokratie zu spezifizieren, erinnert Mouffe daran, dass die Konstitution einer politischen Gruppierung nicht ohne Abgrenzung und Ausschließung geschehen kann. Es gibt immer eine Wir/Sie-Konstellation. Dieses Prinzip der Gemeinschaftsbildung vermag auch die liberale Demokratie nicht zu überwinden, aber sie verändert den Weg, auf dem die Unterscheidungen etabliert werden. Zwischen den verschiedenen Gruppierungen, die jeweils verschiedene hegemoniale Projekte verfolgen, die mit der unterschiedlichen Auslegung und Hierarchisierung der Werte Freiheit und Gleichheit zusammenhängen, kann es keine finale Einigung im Sinne eines rationalen Kompromisses geben. Daher wird es in der liberalen Demokratie immer antagonistische Elemente geben. Doch gerade wegen dieser unauflöslichen Unvereinbarkeit werden die Anderen nicht als Feinde betrachtet, sondern als Gegner. Sie stellen füreinander keine existenzielle Bedrohung dar, weswegen sie ihre Ziele nicht auf eine Eliminierung des Anderen richten müssen, sondern wechselseitig ihre Legitimität anerkennen können.

Gegner sind hier allerdings nicht im wirtschaftsliberalen Sinne als Wettbewerber zu verstehen; es geht nämlich nicht nur darum, den Platz der politischen Macht zu besetzen, sondern um eine grundlegende Transformation der Machtstrukturen im Sinne des jeweils angestrebten hegemonialen Projekts.

Das Ziel demokratischer Politik ist daher die Transformation von Antagonismen in Agonismen oder präziser: die Konstitution von Strukturen und Institutionen, die es ermöglichen, Konflikte nicht antagonistisch (zwischen Feinden), sondern agonistisch (zwischen Gegnern) zu organisieren. Anerkennung und Legitimation von Konflikten sind Kernelemente pluralistischer Demokratie. Sie dürfen nicht durch autoritäre Ordnung oder einen scheinbar rationalen Konsens der Mitte unterdrückt werden.

Ein Hauptproblem der aktuellen politischen Lage in Europa liegt darin, dass im Spektrum der Parteien von mitte-links bis mitte-rechts kaum wirkliche Alternativen angeboten werden. Insbesondere nicht in Bezug auf den Umgang mit dem globalen liberalen Kapitalismus. Doch gerade der Konsens der Mitte ist nach Mouffe gefährlich für die pluralistische Demokratie. Durch einen solchen Konsens kann die Wir/Sie-Differenz nicht mehr im politischen Spektrum ausgedrückt werden, was aber keinesfalls zu einem Verschwinden dieser Differenz führt. Jenseits des politischen Feldes wird diese Differenz, und das ist das besonders Gefährliche, in moralischen Kategorien von Gut und Böse ausgetragen. Es geht dann nicht mehr um einen Kampf zwischen links und rechts, sondern vermeintlich zwischen gut und richtig gegen böse und falsch. Vor einer solchen moralischen Aufladung der Wir/Sie-Differenz warnt Mouffe eindringlich, da durch diese der legitime Status des Gegners in Frage gestellt wird. Eine lebendige pluralistische Demokratie verlangt also die Möglichkeit, kollektive Identitäten um wirklich verschiedene Definitionen der ethisch-politischen Werte von Freiheit und Gleichheit zu schaffen.